# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. [illegible]
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. [illegible]
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb., Nr. [illegible]

**Tageblatt** enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

**Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.**

Fernsprecher: Aue 51 und 94, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 2001. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. [illegible] Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 65. | Dienstag, den 18. März 1930. | 83. Jahrg.


## Amtliche Anzeigen.

Die unter dem Viehbestande des Gutsbesitzers Karl Hempel in Lindenau, Ortsliste Nr. 28, festgestellte Maul- und Klauenseuche ist **erloschen.**

**Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,** den 15. März 1930.

---

In das Handelsregister des unterzeichneten Gerichts ist eingetragen worden:

am 27. Februar 1930

auf dem Blatte 858, die Firma Wasch & Bade Co. G. m. b. H. in Schwarzenberg betr.: Die Firma lautet künftig: Kraußwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Schwarzenberg, Sa. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 19. Februar 1930 ist das Stammkapital von 5000 RM. um 495 000 RM. auf 500 000 — fünfhunderttausend — Reichsmark erhöht und der Gesellschaftsvertrag neu aufgestellt worden. Gegenstand des Unternehmens ist Ausnutzung des Pachtvertrages mit der Einzelfirma Kraußwerke, Handel und Export von Waren aller Art, Herstellung und Vertrieb explosionssicherer Gefäße und elektrischer Haushaltungsmaschinen, sowie Beteiligung an ähnlichen oder gleichartigen Unternehmungen. Der Kaufmann Kurt Georg Schenk in Schwarzenberg ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist der Fabrikbesitzer Friedrich Emil Krauß in Schwarzenberg bestellt. Prokura ist dem Kaufmann Kurt Georg Schenk in Schwarzenberg erteilt.

Am 10. März 1930:

auf dem Blatte 840, die Firma Schwarzenberger Metallwarenwerkstätte Poller & Co. in Schwarzenberg betr., daß die Firma erloschen ist.

Am 11. März 1930:

auf dem Blatte 876, die Firma Paul Schreier, Lackieranstalt in Schwarzenberg-Sachsenfeld, und als Inhaber der Lackierer Ernst Paul Schreier in Schwarzenberg-Sachsenfeld. Angegebener Geschäftszweig: Betrieb einer Lackiererei.

**Amtsgericht Schwarzenberg,** am 14. März 1930.

---

Dienstag, den 18. März 1930, vorm. 10 Uhr sollen im Versteigerungsraum des Amtsgerichts **1 Schreibmaschine und 1 grüne Lodenjoppe** meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

**Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.**

---

Der Teilbebauungsplan „Ottenstein" für die Stadt Schwarzenberg liegt mit Plan- und Bauvorschriften vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerechnet 4 Wochen lang im Stadthaus II, Zimmer Nr. 9, zu jedermanns Einsichtnahme öffentlich aus.

Widersprüche gegen den Bebauungsplan sind während der Auslegungsfrist zu erheben. Nach Ablauf der Auslegungsfrist können Widersprüche nicht mehr erhoben werden.

**Schwarzenberg,** am 12. März 1930.

**Der Rat der Stadt — Baupolizeiamt.**

---

Infolge Ausscheidens der Herren Kaufmann Richard Burkhardt und Klempner Ernst Scheffler sind in das Stadtverordnetenkollegium 1. der Tischlerobermeister Herr Walter Keller, 2. der Schlosser Herr Gustav Schreier neu eingetreten.

Die Verpflichtung und Einweisung der Herren Keller und Schreier ist in der Stadtverordnetensitzung vom 7. März 1930 erfolgt.

**Schwarzenberg,** am 14. März 1930. **Der Rat der Stadt.**

---

### Oeffentliche Schulausschußsitzung in Schwarzenberg

**Donnerstag, den 20. März 1930, abends ½7 Uhr**

im Sitzungszimmer des Ratskellers.

1. Mitteilungen.
2. Schularztbericht auf das Schuljahr 1928/29.
3. Antrag des Bezirkslehrerausschusses, die vorübergehende Aenderung der Schulbezirksgrenzen im Stadtbezirk betr. (§ 1 der Ortsschulordnung.)

---

# Einigkeit und Zusammenarbeit?

## Ministerielle Sabotage.

Auf der Linken ist man mit besonderem Eifer bemüht, den Eindruck der Mahnung des Reichspräsidenten zur Einigkeit und Zusammenarbeit möglichst schnell und gründlich zu verwischen. Dabei betätigen sich nicht nur die kleinen Genossen, welchen die Demagogie auf der Straße obliegt, sondern vor allem auch rote Würdenträger in den höchsten Aemtern. Schon während der Beratungen des Republikschutzgesetzes im Reichstag hat der Reichsinnenminister sein Möglichstes getan, die einzelnen Parteien gegeneinander aufzubringen. In einem Sonntagsartikel, den er „Lehren der Kapptage" überschreibt, und den die Berliner demokratische Presse gern verbreitet, setzt der Genosse Severing seine Polemik gegen die Rechte fort. Auch hier ist die historische Wahrheit der am meisten leidtragende Teil. Besonders vergißt der hohe Artikelschreiber darauf hinzuweisen, daß die unerträglichen parteipolitischen Verhältnisse sowohl als die Unfähigkeit der Regierenden an erster Stelle zu nennen sind, wenn Ursachen des Kapp-Putsches aufgezählt werden.

•

Während die ernsten Kreise in Berlin in würdiger Feier der Toten des Weltkrieges gedachten, haben am Sonntag der Reichskanzler Müller sowie die Minister Severing und Braun an verschiedenen Stellen des Reichs an Erinnerungsfeiern des Kapp-Putsches teilgenommen und dabei Reden gehalten, welche der Mahnung des Reichspräsidenten geradezu ins Gesicht schlagen. In Berlin selbst hat Severing in einer ganzen Anzahl Versammlungen seiner Partei zum „Bau lebendiger Barrikaden" gegen die „Reaktion" aufgerufen. Der preußische Ministerpräsident Braun hat in Magdeburg den Geschmack gehabt, den in Preußen überall gefeierten Volkstrauertag als eine Angelegenheit der Vereinsmeierei abzutun. Auch hat er den Verdacht ausgesprochen, daß die Feiernden das Gedächtnis der Toten mißbrauchten, um „einen gewissen verderblichen Revanchegedanken zu wecken und wachzuhalten". Natürlich war es dem Genossen Braun bekannt, daß der Reichspräsident in der gleichen Stunde im Reichstag der Totenfeier beiwohnte. Genosse Braun griff dann noch die Rechtsparteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, in einer Weise an, die man mit hetzerisch bezeichnen würde, wenn es sich eben nicht um den preußischen Ministerpräsidenten handelte.

•

Als dritter im Bunde hat der Reichskanzler die Erinnerung an die Kapptage mitgefeiert und zwar in Stuttgart. Auch er konnte es sich nicht verkneifen, eine Rede zu halten, die der Mahnung des Reichspräsidenten zur Einigkeit keineswegs entsprach.

•

Die Feiern des Kapp-Tages waren überall als Kampffeiern der Linken gegen die Rechte aufgezogen. Das war dem Kanzler und den genannten Ministern bekannt. Wenn sie sich trotzdem aktiv daran beteiligten, so haben sie sich in scharfen Gegensatz zu dem Willen des Reichspräsidenten gesetzt, der eine Vereinigung und nicht eine Veruneinigung der Geister anstrebt. Das Urteil über diesen Sabotageakt kann der Oeffentlichkeit überlassen bleiben.

• • •

## Eine Frage an Hindenburg.

**Berlin,** 16. März. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands, gez. Graf von der Goltz, teilen mit: Der Herr Reichspräsident hat die Verkündung des Youngplanes im Reichsgesetzblatt veranlaßt. Er hat diesen Staatsakt mit einer langen, beweglichen öffentlichen Kundgebung begleitet. Wir werden u. a. ermahnt, „über die Grenzen der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit uns die Hand zu reichen". Der Herr Reichspräsident kann sich nicht denken, daß der Geist, der vor 60 Jahren zur Reichsgründung führte, „dauernder innerpolitischer Zwietracht Platz gemacht hat". Damit dieser Appell nicht als leere Worte im Volk empfunden wird, fordern wir den Herrn Reichspräsidenten auf, umgehend die Reichsregierung wissen zu lassen, daß nun wenigstens das Gesetz zum Schutz der Republik, das neue Zwietracht säen, neue Märtyrer schaffen, vielleicht den Bürgerkrieg zum Ausbruch bringen muß, niemals seine Unterschrift finden kann. Hat das Tributgesetz unser ganzes Volk auf Generationen versklavt, so soll dieses im Interesse der äußeren und inneren Feinde von einem Sozialdemokraten erfundene Ausnahmegesetz die nationale Opposition mundtot und jede nationale Auferstehung unmöglich machen. Will ein Hindenburg auch hierfür Helfershelfer sein?

• • •

## Die Jugend gegen die Verträge.

**Die schwarze Fahne der nationalen Jugend.**

**Berlin,** 16. März. Vertreter aller rechtsorientierten Jugendverbände veranstalteten heute mittag eine Protestkundgebung gegen die Verträge von Versailles. Nach Verlesung einer kurzen Inhaltsangabe der verschiedenen Dokumente zerriß der Sprecher vor den Augen der Versammlung die Texte des Versailler Vertrages, des Locarnopaktes, des Neuen Planes und des Polenabkommens. Es wurde dann erklärt, daß von jetzt ab „die Fahne der nationalen Jugend die schwarze Fahne sei". Die Versammlung gelobte auf diese Fahne, daß sie sich an die Verträge nicht gebunden fühle und allezeit gegen sie in Aufruhr stehe.

•

## Ein Schreiben des Reichspräsidenten.

**Berlin,** 16. März. Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hatte unlängst der Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Toten von Langemarck an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Youngplan und dem Polenvertrag die Unterschrift zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident eine Antwort erteilt, in welcher er sich auf die Erklärung der Reichsregierung und seine eigene Kundgebung beruft und dann fortfährt:

„Ihnen aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände sich in Ihrem Schreiben auf die Toten von Langemarck berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Erinnerung an die opfermutig für das Vaterland gefallenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch selbst Opfer dafür zu bringen, daß deutsches Gebiet frei wird, und daß Deutschland durch pflichttreue Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkommt. Darin sehe ich für meine Person die Mahnung, die die Toten von Langemarck für die deutsche Jugend bedeuten."

## Abschluß der Republikschutzdebatte.

**Berlin,** 16. März. Im Reichstag wurde gestern die dritte Beratung des Republikschutzgesetzes zu Ende geführt.

Abg. Geschke (Komm.) führt aus, das vorliegende Gesetz sei um nichts besser als das alte Sozialistengesetz.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) wirft der Linken vor, daß sie aus Haß gegen eine Vergangenheit handele, die größer, tüchtiger und sauberer war als die Gegenwart. Bei den anderen sei Koalitionsgebundenheit und Mangel an Entschluß für ihre Haltung maßgebend. Die aufwachsende Jugend habe für diese kleinlichen Methoden kein Verständnis. Durch solche Gesetze werde die Opposition, wenn es noch keine gab, geschaffen und zusammengehämmert. Der Redner verlangt die Schaffung klarer Rechtsbegriffe und die Herabsetzung der Strafmaße. Bei dem vorliegenden Gesetz handele es sich um die unehrliche Gesetzgebung eines unehrlichen Systems.

Abg. Stöhr (Natsoz.) erklärt, das ganze Gesetzgebungswerk leide an innerer Unwahrhaftigkeit. Weder der Reichsinnenminister, noch der Reichsjustizminister hätten den Wahrheitsbeweis erbringen können dafür, daß es Kreise gibt, die die Republik stürzen wollen. Bei den Mitteilungen über nationalsozialistische Zersetzungsversuche in der Reichswehr handelt es sich um die Arbit eines gewöhnlichen Lockspitzels. Wir mußten schon früher wegen ähnlicher Behauptungen den Reichsinnenminister der Lüge und Verleumdung beschuldigen. (Präsident Löbe rügt diese Ausdrücke.) Erfüllen Sie diesen Staat mit vernünftigem Inhalt, dann werden seine wertvollen Einrichtungen am besten geschützt sein.

Abg. Stöcker (Komm.) verliest eine längere Erklärung, in der das Republikschutzgesetz als eine Schutzwaffe für die imperialistischen Mächte bezeichnet wird. Die Kommunisten würden diesem Ausnahmegesetz zum Trotz die deutsche Sowjetrepublik erkämpfen.

Damit schließt die Aussprache.

Die Abstimmungen werden auf Dienstag vertagt.

Eine Novelle zum Scheck- und Wechselsteuergesetz, mit der die mißbräuchliche Vordatierung von Schecks verhindert werden soll, wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Ohne Debatte wird auch in zweiter und dritter Beratung ein Gesetz über die Pflicht zum Antrag auf Eröffnung des Konkurses oder des gerichtlichen Vergleichsverfahrens angenommen. Damit werden im wesentlichen die Rechtsverhältnisse der Vorkriegszeit beim Konkursverfahren wiederhergestellt.

Das Haus vertagt sich auf Montag.

---

**Rechtfertigung Fricks.**

**Weimar,** 16. März. Die staatliche Pressestelle teilt mit: Bei der dritten Lesung des Youngplans hat der thüringische Reichsratsbevollmächtigte und Innenminister Dr. Frick eine Erklärung gegen den Youngplan und gegen die Reichsregierung abgegeben. Minister Dr. Frick war zur Abgabe einer dahingehenden Erklärung nicht beauftragt. Inhaltlich decken sich die Ausführungen des Innenministers Dr. Frick im Reichstag am 12. März mit den Ansichten der Mehrheit der Mitglieder der Landesregierung.

---

**München,** 16. März. Wie der „Völkische Beobachter" meldet, erschienen am Sonnabend früh auf dem Büro der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands Kriminalbeamte, um eine Durchsuchung der Räume vorzunehmen. Auch die Hauptgeschäftsstelle Groß-München wurde von den Beamten durchsucht, ebenso die Privatwohnungen der Schriftleiter des völkischen Beobachters. Die Durchsuchung soll mit der Verhaftung von Reichswehroffizieren in Ulm in Zusammenhang stehen.

SLUB
Wir führen Wissen.